

Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Throna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Bestimmungen des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft / Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr.
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenspreis: Die gespaltene Zeile zu 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklameweile (Schrift) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unbenutzten geschriebenen, sowie durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortl. Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Kling & Co., Naumburg bei Leipzig, Markt 3

Nummer 81

Donnerstag, den 5. Juli 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

In der gestrigen 9. diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Vom Untersuchungsbereich des Leitungswassers nahm man Kenntnis. Das Wasser war einwandfrei.
2. Von der Vorbereitung des Ministeriums für Volksbildung über die Verleihung der Naumburger Stadtfreiheit an der Fürstenschule Grimma und dem Dankschreiben des Herrn Lehrer Bils nahm man Kenntnis.
3. Von dem Bericht über die Prüfung des Ratsarchivs nahm man Kenntnis.
4. Zu einem Gesuch der Energie A.-G. Leipzig um Genehmigung zur Einlegung eines Drehstromhochspannungsfabels und eines Drehstromübertragungsstabs entlang der Breite Straße und Bürgerer Straße wurde beschlossen, das Gesuch wegen des Hochspannungsfabels bedingungsweise zu genehmigen.
5. Dem Nachtrag zum Wasserlieferungsvertrag mit der Stadt Leipzig wurde in der vorliegenden Fassung zugestimmt.
6. Zu einem Gesuch um Erhöhung der Zuwendungen aus der Stadtkasse für die Unterhaltung des Bades in der Schloßmühle wurde beschlossen, die Unterstützung nur in der bisherigen Weise zu gewähren.
7. Das Gesuch der Hilfsarbeiter Naun und Jordan um Anerkennung und Bezahlung als Beamtenanwärter wurde genehmigt.
8. Die Beschlüsse des Bauausschusses vom 29. v. M. wurden genehmigt; hierbei handelte es sich u. a. um die Ablehnung der Gewährung eines Beitrages an den Ausschuss der städtischen Fliesen-Erhölung mit Rücksicht darauf, daß bereits für diese Zwecke ein Beitrag gegeben wird, Kenntnisnahme von den Verhandlungen mit der Amtshauptmannschaft Grimma in einer Wohnungssache im Grundstück Erdmannshainer Straße 1, um die Vergebung der Arbeiten zur Instandsetzung und Raschierung der städtischen Lastwägen und um Kenntnisnahme von der erfolgten Aufnahme eines Darlehens bei der Girokasse Wurzen.
9. Die Beschlüsse des Bauausschusses vom 2. d. M. wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um Kenntnisnahme von der Vergebung der Arbeiten zur Erweiterung des Wasserwerkes durch die Direktion der städtischen Wasserwerke in Leipzig, die Bestimmung eines Namens für die neuangelegte Straße über das Siedlungsgebiet zwischen Bürgerer Straße und Kurze Straße, eine Befestigung des Reichenhauses durch die Herren Stadtverordneten vor dessen Bezug, und um die Vergebung der Wohnungen, um die Ausschreibung der Schrebergärten, Kenntnisnahme und Zurückstellung eines Gesuches um Erwerb eines Hauses von einem noch zu errichtenden Reichenhaus, Kenntnisnahme von einer Zuschrift des Verkehrs- und Verschönerungsvereins über Anregungen wegen Aufstellung der Wagen am Marktplatz anlässlich der Jahrmärkte. Hierzu wird beschlossen, es bei der jetzigen Handhabung zu belassen. Kenntnis nahm man von einer Zuschrift des Verkehrs- und Verschönerungsvereins wegen Aufstellung einer Papierfabrik. Hierzu wird beschlossen, von der Befestigung abzusehen. Ein Gesuch um Errichtung einer Raucherwarenhandlung und Härtel im Grundstück Schillerstraße 7 wurde abgelehnt. Weiter handelte es sich um die Erweiterung der Straßenbeleuchtung, um Ausführung und Zurückstellung verschiedener Ausbesserungen an und in städtischen Grundstücken und verschiedener Straßen, um die Ablehnung eines Kaufangebots für ein Grundstück an der Bahnhofsstraße.

Diesem nichtöffentlichen Sitzung.
Naumburg, am 4. Juli 1928.
Der Stadtrat.

Wegen Instandsetzung der Orts- und Fernleitung im Leitungswasser der Energie A.-G., wird am Sonntag, den 8. Juli d. J., von früh 7 bis nachmittags 1/2 Uhr die Stromlieferung eingestellt.
Naumburg, am 4. Juli 1928.
Der Stadtrat.

Frankreichs Flottenprogramm.

Präsident Doumergue hält eine Friedensrede.
Vor Le Havre fand in Gegenwart des Präsidenten Doumergue die erste große französische Flottenparade nach dem Kriege statt. 84 Kriegsschiffe, begleitet von 54 Flugzeugen, zogen an dem Flaggenschiff des Präsidenten, dem Kreuzer „Duguay“, vorbei.

Bei dem Festessen auf dem Flaggenschiff feierte der Marineminister den modernen Ausbau der französischen Flotte, die nach dem im Kriege erprobten Seerüstbau auch künftighin ausgebaut werden sollte. Die französische Marine sei nicht nur Frankreichs Schutz, sondern auch ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens. Auch Präsident Doumergue hielt dann eine Rede und pries die Bedeutung der französischen Marine für Sicherheit und Frieden.

Poincaré gleichfalls für Frieden.
Während in Le Havre Doumergue den Frieden als etwas unbedingt notwendiges verherrlichte, tat in Paris der Ministerpräsident Poincaré auf einem von der amerikanischen Handelskammer anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages veranstalteten Festessen ein gleiches. Nachdem er die französisch-amerikanische Waffenbrüderlichkeit besungen hatte, erklärte er, daß Frankreich immer zu den Völkern gehöre, die den Krieg weit von sich wies, und solche werde es auch weiterhin tun. Es werde niemals eine Gelegenheit vorübergehen lassen, feierlich die Angriffskriege zu verdammen, und sich stets bereit zeigen, den

Krieg als die abschreckendste Weise zu brandmarken und alles zu tun, um seine Wiederkehr zu verhindern. Mit dieser Verbeugung vor dem amerikanischen Kriegsschlichtungspakt schloß Poincaré seine Rede.

Große Aussprache im Reichstag.

Für und wider das Kabinett.

Reservierte Haltung der Redner.

Berlin, 4. Juli.

Selbst die lebhafteste Schreibfertigkeit kann sich unmöglich zu der Behauptung aufschwingen, der Beginn der Aussprache zur gestrigen Regierungserklärung habe an dieses immerhin etwas turbulente Ereignis eine aufrüttelnde Fortsetzung geknüpft. Die bisher zum Wort gekommenen Redner waren sichtlich bestrebt, fahlen Kopf und fahles Herz zu bewahren. Man will abwarten. Während draußen ein Gewittersturm über Berlin hinbrauste und die Räume des Reichstagsgebäude umgebenden Tiergartens dazwischen drangsalariert, daß sie baumstarke Zweige verloren und diese in solcher Fülle um das Gebäude herumstreuten, daß es aussah, als ob der Wald von Dunsinane gegen das Hohe Haus heranrückte, blieben die Gemüter im Saal friedlich gesinnt. Die Nationalsozialisten erhoben zwar flamenden Protest gegen die Beschränkung der Redezeit für die nicht fraktionsstarken Gruppen und Gruppen, mußten sich aber dem Entschluß der Mehrheit fügen, obwohl einer ihrer Leute auf die Bemerkung vom Präsidentenstuhl aus, es sei so auch vor 1914 verfahren worden, verwundert fragte, warum denn eigentlich eine Revolution gemacht worden sei.

Präsident Lohbe erklärte dann im Anschluß an einige Zeitungsauslassungen die Stellung der drei Vizepräsidenten des Reichstages als durchaus gleichwertig und gleichgeordnet und stellte ferner unter heiterer Zustimmung fest, daß das Niederlegen von irgendwelchen — wenn auch nützlichen — Gegenständen auf den Tisch des Hauses ohne vorherige Erlaubnis des amtierenden Vorsitzenden einen groben Verstoß gegen die gebotene Ordnung darstelle. Das bezog sich auf das Unternehmen der Kommunisten am Vortage, die ein Seifenpaket zur „Reinigung der Regierung“ herangezogen hatten.

Kun hob Abgeordneter Breitscheid von der im Kabinett präsidierenden Sozialdemokratie an, seiner Meinung Ausdruck zu geben. Er gab freimütig zu, es handle sich bei dem Regierungsprogramm tatsächlich um ein Kompromiß, zu dem sich die Sozialdemokratie, die allein noch nicht stark genug sei, im Interesse Deutschlands verstanden habe, um so das Beste für die Arbeiterklasse unter den gegebenen Verhältnissen herauszuholen.

Graf Westarp, der Führer der Deutschen Nationalen, sand trotz wohlwollender Rede weise charakteristische Bemerkungen genug, um sein Mißtrauen gegenüber dieser geschätzten Regierungserklärung bei dem Betrachter der Republik deutlich werden zu lassen. Die Rot der Landwirtschaft fand in ihm einen besonders warmempfindenden Schilderer. Hier forderte er Faten und verwies auf die Bestrebungen des vorigen Kabinetts, dessen der neue Kanzler ganz und gar verfehlenden hätte in seiner Antrittsrede, ebenso wie des schwer leidenden Chens. Für die Erhaltung der christlichen Schule richtete er Mahnworte an das mit den Sozialdemokraten jetzt zusammengehende Zentrum und die Deutsche Volkspartei. Beifall bei seinen Freunden fand er bei der ironischen Bemerkung, die Regierungserklärung käme ihm vor wie manche moderne Operette — viel verwaschene Melodien, wenig Neues und Originelles.

Für das Zentrum selbst verlas Dr. Perlittus eine wohl- abgewogene schriftliche Erklärung, die vorzüglich über juristische Dinge nicht hinausging. Ein neuer Mann der Kommunisten, Ewert-Thüringen, trug mit manchen Spizzen gegen die sozialdemokratischen Halbbrüder das kommunistische Dogma vor, dann sprach der Volksparteiler Scholz, dem die Anzahl der Minister als zu groß erscheint.
Morgen wird die Diskussion fortgesetzt.

Sitzungsbericht.

Präsident Lohbe teilt zu Anfang der Sitzung mit, daß die Vorlage über den Nationalfeiertag eingegangen sei. Ferner äußert sich Lohbe über die Präsidentenwahl im Reichstags und erklärt, es sei die Auffassung erwidert worden, als ob der Reichstag drei im Range verschiedene Vizepräsidenten hätte. Lohbe stellt fest, daß die drei Vizepräsidenten des Reichstages vollkommen gleichberechtigt seien. Ferner weist der Präsident darauf hin, daß es nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sei, ohne weiteres Gegenstände auf den Tisch des Hauses niederzulegen, wie es gestern die kommunistische Abgeordnete Edw getan habe. Dazu gehörte die Genehmigung des Präsidenten. Im Wiederholungsmalle werde er das Niederlegen von Gegenständen ohne seine Erlaubnis als großen Verstoß gegen die Hausordnung betrachten.

Das Haus trat dann ein in die Aussprache über die Regierungserklärung.
Abg. Breitscheid (Soz.) erklärt: Das deutsche Volk habe sich bei der Wahl gegen den Bürgerblock entschieden. Es sei bei der jetzigen Parteilistenvereinbarung für die Regierung nur die Große Koalition in Frage gekommen. Aber bei den großen Schwierigkeiten haben die Sozialdemokraten aus ihrem Verantwortungsbewußtsein gegen das Vaterland und gegen das Volk heraus die Regierungsbildung übernommen. Das Vertrauen der Sozialdemokratie zu dem Kabinett beruhe auf dem Vertrauen, das sie ihren Ministern entgegenbringe. Die Sozialdemokratie wisse genau, daß sie in Verbindung mit den bürgerlichen Parteien

nicht die Verwirklichung der sozialistischen Ideen erreichen könne. Sie wolle aber Einfluß in der Regierung ausüben, um im kapitalistischen Staat so viel wie möglich für die Arbeiter herauszukämpfen. Erfreulich sei es, daß die Senkung der Lohnsteuer als dringlich bezeichnet worden sei. Der Redner fordert Durchführung der Steuerpolitik nach sozialen Gesichtspunkten. Der Abg. Breitscheid ist der Ansicht, die Zusammensetzung der neuen Regierung werde eine beschleunigte Räumung des besetzten Gebietes zur Folge haben. Sehr zu begrüßen sei das offene Bekenntnis der Regierungserklärung zu Republik und Demokratie.
Graf Westarp (Dn.) weist im Anfang seiner Rede darauf hin, daß zum 16. Male seit dem Erlaß der Weimarer Verfassung das deutsche Volk im Reichstag die Erklärung einer neuen Regierung entgegenzunehmen hatte. Aber unfruchtbar sei die diesmalige Erklärung so gehalten, daß sie die Uneinigkeit der Parteien über das Programm offen zeige. Es würden sich die vierjährigen Ferien von den Krisen von denen gestört worden sei, nicht besonders ruhig gehalten. Das jetzige Regierungssystem habe wieder einmal vollkündig versagt. Graf Westarp betont die Notwendigkeit der Verfassungs- und Verwaltungsreform. Die Regierung wird einen entschlossenen Gegner in uns finden, wenn sie die Aufgaben auf anderem Wege zu lösen sucht als dadurch, daß die Grenzen zwischen Reich und Ländern klar und wirksam abgesteckt werden und daß den Ländern Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit erhalten und wiedergegeben werden. Der Redner schlägt vor, die Regierungserklärung amtlich zu verbreiten, um zu zeigen, wie ein sozialdemokratischer Kanzler über Landwirtschaft und Mittelstand, über Internationalität, Klassenkampf und Verwandelung der kapitalistischen in eine sozialistische Republik schweigen kann.

Außenpolitisch habe sich nichts von den Hoffnungen verwickelt, die man auf die deutschen Linkswähler gesetzt habe. Entschlossene Gegnerschaft werden die Deutschnationalen ausüben, wenn die Regierung etwa neue Gegenständigkeitsverhandlungen für die Räumung führen wolle. Dem Kriegsschlichtungspakt stimmt Graf Westarp zu. In der Regierungserklärung habe man jedes Wort über den Osten vermisst.
Der Redner fordert scharfe Zurückweisung des vom polnischen Außenminister erhobenen Anspruchs, in die Rheinlandräumung hineintreten zu wollen. Zur Zoll- und Handelspolitik betont er, daß sich auch in der Gegenwart

das Prinzip der Einfuhrzölle durchaus mit der Ausfuhrförderung vertrage. Weiterer Zollabbau wäre für Deutschland völlig verfehrt. Handelsverträge, die der Gesamtwirtschaft schädlich sind, müssen gekündigt werden. In der Landwirtschaftspolitik hat der Kanzler in seiner Erklärung einfach die Politik des Ministers Schleier übernommen. Wir fordern, daß das Restprogramm auch wirklich im gleichen Sinne fortgeführt wird. Die ganze Regierungserklärung aber, sagt Graf Westarp endlich, macht nicht den Eindruck, als wenn das Kabinett auf lange Lebensdauer rednet. Sie sieht aus wie ein Bahlaufsprung. Unter den sämtlichen 16 republikanischen Regierungen haben sich nur zwei ausdrücklich und klar zum

Christentum als Grundlage der deutschen Kultur bekannt. Jetzt fehlt jedes Bekenntnis dieser Art. Das ist sicher kein Zufall und ruft uns zu entschlossenem Kampf auf den Plan. Das Wort „christlich“ und auch das Wort „national“ werde in der Regierungserklärung anfangs vermieden. Um so entschiedener sind wir gewillt, dem Versuch der jetzigen Koalition, Sozialdemokratie und Liberalismus untereinander und mit dem Zentrum zu vereinigen, den christlichen, sozialen und nationalen Ideengehalt unseres Parteiprogramms entgegenzusetzen.

Abg. Dr. Perlittus (Ztr.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der die jetzt vorliegende politische Haltung als eine Kostlösung bezeichnet wird, die für gewisse Zeit notwendig ist. Deshalb sehe die Zentrumsfraktion heute von einer abschließenden Stellungnahme ab. Die Zukunft muß zeigen, was die Regierung von der Fülle der Aufgaben zu verwirklichen vermag. Die auf Weiterbefolgung der friedlichen Verständigung hinzielenden Bestrebungen finden ungeteilte Zustimmung. Verschiedene Fragen innenstaatlichen wirtschaftlichen und kulturellen Charakters hätte das Zentrum gern schärfer betont gesehen. In der Schulfrage wird das Zentrum seiner Lösung zustimmen, die nicht der in der Verfassung gewährtesten Gewissensfreiheit und dem Elternrecht entspricht. Das Zentrum wünscht die Schaffung einer Elternschaftsversicherung, gesetzliche Festigung für die Erhaltung der geistigen und sittlichen Grundlagen des Volksebens, ebenso für einen geistig-kulturellen Jugendschutz. Jede Erleichterung der Festschreibung ist zu vermeiden. Das Zentrum nimmt die Erklärung der Regierung zur Kenntnis und will seine Mitarbeit nicht verlagern. Im einzelnen behalte es sich jedoch seine Stellungnahme vor.

Abg. Ewert-Thüringen (Nomm.) lehnte die Regierungserklärung ab, weil sie nur den Interessen des Großkapitals diene. Nach dem Wahlsieg der Arbeiterpartei sei die neue Regierung und ihr Programm ein Vertrag an den arbeitenden Massen. Der Redner begründete dann einen ausführlichen Mißtrauensantrag gegen die Regierung.

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) erklärte, das Sprichwort: „Was lange währt, wird gut“ könne man nicht uneingeschränkt auf diese Regierung und ihre Einführungen anwenden. Statt endloser Verhandlungen über Programmpunkte hätte man wenige ganz große Probleme an die Spitze der Regierungserklärung stellen sollen. Eins der ersten Probleme sei die Auseinandersetzung der Völker über die interalliierte Schuttenregelung im Zusammenhange mit den

Tributleistungen Deutschlands.
In dieser Frage sollte eine Einheitsfront der Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken möglich sein. äußersten Rechten bis zur äußersten Linken möglich sein. Die Voraussetzung für wirksame Reformen sei die Demokratie der Regierungen des Reiches und Preußens. Seine Partei sei Anhänger des dezentralisierten Einheitsstaates.

Die Lösung wäre vielleicht so zu finden, daß sich das Reich auf die ständigen Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern beschränke und den Mitgliedern des Reiches wieder die finanzielle Selbstverantwortung gegeben wird. Seine Freunde wollten auch selbst verantwortliche Staatsbürger, denen man